



29.03.2014: Der Exekutivsekretär des lateinamerikanischen Staatenbündnisses **ALBA**, Bernardo Álvarez Herrera, hat [vor drei Tagen] im Gespräch mit dem Lateinamerikaportal [amerika21.de](#) eine Stärkung des Bündnisses angekündigt. Derzeit würde eine [Fusion](#) der 'Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika', so der vollständige Name, mit dem wirtschaftspolitischen Bündnis '**Petrocaribe**' vorbereitet, sagte der venezolanische Diplomat bei einem Treffen in Berlin.

"Die neuen internationalen Gegebenheiten verlangen auch von uns eine Weiterentwicklung", sagte Álvarez Herrera: "Deswegen wird derzeit sehr ernsthaft die Ausarbeitung eines Gründungsvertrages der ALBA geprüft." Dies würde es dem linksgerichteten Bündnis erlauben, in anderen internationalen Foren ein stärkeres Gewicht zu haben. Bislang haben die ALBA-Mitgliedsstaaten nur eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

Die vor zehn Jahren auf Initiative von Kuba und Venezuela gegründete ALBA habe von Beginn an alle möglichen Initiativen zur Schaffung eigener, lateinamerikanischer Foren unterstützt, sagte der ehemalige Botschafter Venezuelas in Spanien und den USA. Diese von Hugo Chávez vertretene Vision habe sich vor allem gegen die traditionelle Dominanz der USA gerichtet. "Diese Position hat uns aber auch viel abverlangt: Es wurde und wird immer wieder versucht, Venezuela als einen der Motoren dieser Entwicklung zu isolieren, aufzuhalten oder gar zu kriminalisieren", beklagte Álvarez Herrera.

Der Vertreter des linksgerichteten Staatenbündnisses grenzte sich deutlich von der neoliberalen 'Pazifik-Allianz' ab, die in Lateinamerika von der EU und den USA unterstützt wird. "Unser Ziel liegt in der Entwicklung eines Modells, mit dem der Kapitalismus überwunden werden kann und das eine neue Form der wirtschaftlichen Beziehungen etabliert", so Álvarez Herrera, der vergangene Woche im Bundestag an einem Arbeitstreffen der Linksfraktion mit Vertretern der ALBA-Staaten teilgenommen hatte. "Wir gehen davon aus, dass die Welt nach wie vor in ein wirtschaftliches Zentrum und in eine Peripherie geteilt ist", führte der Diplomat aus: "Deswegen müssen wir Länder des Südens uns zusammenschließen und uns gemeinsam helfen sowie

Lateinamerikas ALBA wird als antimperialistisches Bündnis ausgebaut

Erstellt: Freitag, 28. März 2014 23:35 - Zuletzt aktualisiert: Donnerstag, 04. Januar 2018 09:08

Veröffentlicht: Samstag, 29. März 2014 00:00

Zugriffe: 5597

gemeinsame Kräfte nutzen." Aus diesem Grund habe ALBA von Beginn an auch die Regionalorganisation CELAC unterstützt, auch wenn diese ideologisch vielschichtiger sei.

Angesichts der teilweise aggressiven Politik der USA und einzelner europäischer Staaten gab sich Álvarez Herrera gelassen. "Wir sind fest davon überzeugt, dass immer mehr Staaten die tiefgreifenden Veränderungen, die Lateinamerika derzeit erlebt, verstehen werden." Vor einigen Jahren sei versucht worden, Kuba und Venezuela auf internationaler Ebene zu isolieren. Heute seien beide Staaten ein fester Bestandteil der lateinamerikanischen Gemeinschaft. "Mitunter entsprechen die Schemata, mit denen Europa oder, besser gesagt, einige Gruppen in Europa auf die Neuerungen in Lateinamerika reagieren, der Denkweise des Kalten Krieges", kritisierte der Diplomat. Ihnen lägen "sehr simple Denkweisen" zugrunde, die oft von der extremen Rechten der USA gezielt beeinflusst würden.

"Aber wenn man dann mit den Parteien hier spricht, mit den Gewerkschaften, Bürgermeistern oder Intellektuellen, dann sieht man, dass das Verständnis für die Umbruchsprozesse in Lateinamerika wächst", fügte er an. Bei dem Treffen im Bundestag hatte er eine Zusammenarbeit der ALBA-Staaten mit lokalen und regionalen Regierungen in Europa vorgeschlagen.

Álvarez Herrera reiste nach Brüssel weiter, wo er mit Jolita Butkeviciene, der EU-Verantwortlichen für Regionalprogramme mit Lateinamerika und der Karibik sowie mit Christian Leffler, dem Exekutivdirektor für Nord- und Südamerika des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), zusammentrifft.

Quelle und CR: Lateinamerikaportal amerika21.de / Foto: Regierung Venezuelas